

Linksextremismus wirksam entgegentreten

Die CSU-Fraktion beobachtet die **zunehmende linksextremistische Gewalt** mit großer Sorge. Mit dem erschreckenden Vorfall vom 12. Juni 2010 in Berlin, bei dem linksextremistische Gewalttäter einen Sprengsatz auf Polizeibeamte warfen und zwei Polizisten schwer verletzten, wurde eine **neue Eskalationsstufe** erreicht, die alle demokratischen Kräfte unseres Landes aufrütteln sollte.

Wir müssen aber leider feststellen, dass **Teile der politischen Linken** das Phänomen linksextremistischer Gewalt nach wie vor **verharmlosen**.

Um dem entgegenzuwirken, haben wir das Thema **in einem Dringlichkeitsantrag** aufgegriffen.

Darin haben wir unseren **Standpunkt**, dass **linksextremistische Gewalt ebenso gesellschaftlich zu ächten ist wie rechtsextremistische**, noch einmal deutlich gemacht. Linksextremistische Gewalt zu billigen oder gar wegen ihres vermeintlich legitimen Widerstands gegen Rechtsextremismus gut zu heißen, zeugt von einer **grundlegend falsch verstandenen Toleranz**. Für uns ist **Gewalt kein Mittel der politischen Auseinandersetzung**

und muss daher von allen politischen und gesellschaftlichen Kräften geächtet bleiben.

Wir haben die **Staatsregierung** im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel daher **aufgefordert**, die **Aufklärungs- und Präventionsarbeit** gegen Linksextremismus mit gleicher Intensität wie jene gegen Rechtsextremismus zu unterstützen. Außerdem sollen **alle präventiven Mittel** ergriffen werden, um Entwicklungen im Bereich des Linksextremismus dauerhaft entgegenzuwirken. Bei der **Extremismusaufklärung** soll die **Vernetzung mit den Schulen und anderen Bildungsträgern verstärkt** werden. Schließlich haben wir die Staatsregierung gebeten, die **Aktivitäten der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus**, die ihren Tätigkeitsschwerpunkt bislang im Bereich Rechtsextremismus hat, im Bereich des Linksextremismus auf ein vergleichbares Niveau **auszuweiten**.

Anreizgerechte Gestaltung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs auf den Weg bringen

Die CSU-Fraktion **bekannt sich** zu den vereinbarten Regelungen des **bundesstaatlichen Finanzausgleichs**, die noch bis zum 31. Dezember 2019 gelten.

Bei der **Neuregelung** für die Zeit **ab dem Jahre 2020** müssen nach unserer Überzeugung aber die **gravierenden Mängel und Unzulänglichkeiten** des gegenwärtigen Ausgleichsystems **beseitigt werden**, um **Fehlanreize künftig zu vermeiden**.

Angesichts der hohen Komplexität der Materie haben wir die Staatsregierung in einem **Dringlichkeitsantrag** aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass **möglichst rasch Gespräche** unter den Ländern und zwischen dem Bund und den Ländern aufgenommen werden, um **frühzeitig eine sachgerechte Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs vorzubereiten**.

Unser **Ziel** ist dabei ein Finanzausgleich, der den Nehmerländern **Hilfe zur Selbsthilfe** gewährt und **gezielt Anreize bietet, vom Nehmer- zum Geberland zu werden**.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind nach unserer Überzeugung vor allem **zwei Gesichtspunkte von entscheidender Bedeutung**:

So soll künftig jedem Land, das seine Wirtschaftskraft stärkt und seine Steuerquellen pflegt, ein **angemessener Anteil** an den daraus resultierenden **zusätzlichen Steuereinnahmen verbleiben**. Dies fördert nicht nur den

Wettbewerb der Länder untereinander, sondern erzeugt zusätzliche Anreize, höhere Einnahmen zu erzielen.

Im System des Länderfinanzausgleichs hat Bayern bislang als einziges Land den Wechsel vom Empfänger- zum dauerhaften Zahlerland geschafft. Aus diesem Grunde ist es aus Sicht der CSU-Fraktion notwendig, den **Nehmerländern Vorgaben** dahingehend **zu machen**, dass sie die **empfangenen Mittel zielgerichtet verwenden müssen**, um ihre eigene, originäre Finanz- und Wirtschaftskraft zu verbessern. Nur so können wir sicherstellen, dass sie zukünftig auf Leistungen aus dem Länderfinanzausgleich nicht mehr angewiesen sind.

Die **gegenwärtigen Regelungen** des Länderfinanzausgleichs sind für uns in Zukunft jedenfalls **nicht mehr akzeptabel**, da der Freistaat Bayern annähernd die Hälfte der bundesweiten Gesamtausgleichssumme von 6,9 Mrd. Euro leisten muss. Seit dem Jahre 1950 hat der Freistaat kaufkraftbereinigt bereits über 34 Mrd. Euro in den Länderfinanzausgleich eingezahlt, als Empfängerland aber lediglich 9,5 Mrd. - vorwiegend bis in die siebziger Jahre - erhalten.

Beim dazukommenden Umsatzsteuerausgleich leistete Bayern 2009 noch einmal knapp 1,7 Mrd. Euro. Auch in diesem Bereich entfällt vom bundesweiten Gesamtbetrag von 7,3 Mrd. Euro immerhin auch knapp 1/4 auf Bayern.

Zukunft der Regionalförderung

Die **Fortführung der Regionalförderung aus dem Strukturfonds** der Europäischen Union **über das Jahr 2013 hinaus** ist für die CSU-Fraktion **unverzichtbar**. Im Hinblick auf ein starkes, nachhaltiges und ausbalanciertes Wachstum in Europa müssen auch Regionen wie Bayern weiterhin gezielt gefördert werden.

Darüber hinaus sind die **Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur** und die einzelbetriebliche Investitionsförderung im Rahmen der **bayerischen regionalen Förderprogramme fortzuführen**. Um der Abwanderung von jungen und qualifizierten Arbeitssuchenden aus den ost-

bayerischen Grenzregionen entgegenzuwirken, ist vor allem die **Förderung von privaten Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen** im Grenzraum notwendig. Bei der konkreten Ausgestaltung der Regionalförderung ist auf den **Abbau des beihilfe-rechtlichen Fördergefälles** zu den Nachbarregionen Bayerns hinzuwirken, um förderbedingte Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Wir haben deshalb die Staatsregierung in einem **Dringlichkeitsantrag** aufgefordert, sich weiterhin in diesem Sinne bei der Europäischen Union und beim Bund für bayerische Interessen einzusetzen.

Errichtung eines europäischen Gerichts für europäische Patentangelegenheiten

Für den Freistaat Bayern mit seiner Landeshauptstadt München ist es wichtig, bei der **Auswahl des Sitzes europäischer Institutionen**, angemessen berücksichtigt zu werden. Das Deutsche Patentamt und das Europäische Patentamt haben beide ihren Sitz in München.

Die CSU-Fraktion hat vor diesem Hintergrund die **Staatsregierung aufgefordert**, über den Bund und bei den europäischen Institutionen **darauf hin-**

zuwirken, dass das bereits in den einschlägigen EU-Institutionen Luxemburgs in die Diskussion gebrachte „**Europäische Patentgericht**“ **in München errichtet wird**.

Die räumliche Nähe zum Europäischen Patentamt und die Dichte an Patentangelegenheiten spezialisierter Rechtsanwälte in der Landeshauptstadt bieten **Synergieeffekte**, die wir unbedingt nutzen sollten.

Bahnanbindung Südostbayerns an den Flughafen München

Eine **neu entwickelte Hybridtechnologie** ermöglicht es, Triebwagen mittels eines einheitlichen Antriebsstrangs, der sowohl Strom als auch Dieselkraft nutzen kann, auf elektrifizierten und nicht elektrifizierten Strecken einzusetzen. Durch Einsatz dieser Hybridtechnologie kann eine **effiziente Flughafenbindung Südostbayerns** und Salzburgs realisiert werden, bevor die Strecke München-Mühldorf-Freilassing vollständig elektrifiziert ist.

Um dieses **für die Region wichtige verkehrspolitische Projekt** voranzu-

treiben, **forderte** die CSU-Fraktion die **Staatsregierung auf**, beim **Bund** weiterhin auf alle Maßnahmen hinzuwirken, die zu einer **beschleunigten Realisierung der** laut Sachverständigen-gutachten zur Anbindung des Flughafens München an die Region Südostbayern **notwendigen Begegnungsabschnitte** Markt Schwaben-Hörlkofen und Obergeislbach-Dorfen führen. Außerdem soll der **Einsatz von Hybridtriebfahrzeugen** auf der Strecke Salzburg-Mühldorf-Flughafen München **geprüft werden**.

Verbesserung der Personalsituation an beruflichen Schulen in Bayern in den Fächern Katholische und Evangelische Religionslehre

Es gibt wegen des **Mangels an ausgebildeten Lehrkräften** einen **erheblichen Unterrichtsausfall** an beruflichen Schulen. Die beobachtet die CSU-Fraktion mit großer Sorge.

Wir haben die **Staatsregierung** deshalb in einem Antrag **aufgefordert, zu prüfen**, wie die Personalsituation an beruflichen Schulen in Bayern in den Fächern Evangelische und Katholische

Religionslehre verbessert werden kann.

Denn die **Vermittlung christlicher Traditionen und Werte** an unseren Schulen ist seit jeher ein **zentrales Anliegen unserer Politik**.

Zukunft der Nanotechnologie in Bayern: Chancen für Umwelt und Gesundheit verantwortungsvoll nutzen und fördern

Die CSU-Fraktion ist davon überzeugt, dass die **Nanotechnologie eine der Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts** und daher für den Standort Bayern eine **große Bedeutung** erlangen wird.

Die Möglichkeiten der Nanotechnologie sind **erst in Ansätzen erforscht**. Es zeichnet sich aber schon heute ab, dass der Einsatz neuartiger Nanomaterialien **vielfältige Chancen** eröffnet, **insbesondere in den Bereichen Umwelt und Gesundheit**.

Schon heute gehört der Freistaat Bayern bei der **Forschung zu den führenden Nanotechnologiestandor-**

ten in Deutschland. Unser **Ziel** ist es, auch die **Technologieführerschaft im Anwendungsbereich** zu erlangen.

Wir haben die **Staatsregierung** daher in einem Antrag **aufgefordert**, dem Landtag über den Stand, die Potentiale und die Perspektiven der Nanotechnologie in Bayern **zu berichten**.

Damit wollen wir die Chancen der Nanotechnologie in den Blick nehmen, die nötigen Leitplanken für einen verantwortungsvollen Umgang, u. a. durch einen Ausbau der anwendungsnahen Begleitforschung, setzen und die Bevölkerung auf gesicherter wissenschaftlicher Grundlage informieren.

Haushaltssperre des Deutschen Bundestags beim Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien genau hinterfragen

Das **Marktanreizprogramm** ist das **wichtigste Förderinstrument**, um den Einsatz erneuerbarer Energien im Wärmemarkt voranzubringen.

Damit wird der Klimaschutz entscheidend gestärkt. Wenn die Förderung eingestellt wird, drohen zusätzlich erhebliche Umsatzeinbußen bei Gewerbe und Handwerk.

Vor diesem Hintergrund **bedauert es die CSU-Fraktion**, dass ausgerechnet die **Förderung der erneuerbaren Energien** durch die vom Haushaltsausschuss des Bundestags beschlossene Haushaltssperre beim Marktanreizprogramm **gekürzt wird**.

In einem Antrag haben wir die **Staatsregierung** deshalb **gebeten, alle Möglichkeiten** der Einflussnahme **zu prüfen**, um diese **Entscheidung rückgängig zu machen**.

Natürlich sind wir uns als CSU-Fraktion der schwierigen Situation bewusst, in der sich der Bundeshaushalt befindet. Dennoch sind wir der Überzeugung, dass es mit Blick auf den globalen Klimawandel und dessen Auswirkungen auf Bayern der falsche Weg ist, die Förderung der Nutzung erneuerbaren Energien im Wärmemarkt einzustellen.

Weitere Maßnahmen und Initiativen

3. Bayerischer Musikplan

In diesem Jahr wird der Ministerrat mit dem 3. Bayerischen Musikplan einen vollständig neu überarbeiteten Entwurf beschließen. Der Bayerische Musikplan hat sich in der Vergangenheit hervorragend bewährt. Die Neufassung soll Garant dafür sein, dass Bayerns Musikleben auch in Zukunft hervorragendes leistet und Bayern ein singendes und klingendes Land bleibt.

Deshalb haben wir die **Staatsregierung aufgefordert**, über die **Fort-schreibung des Bayerischen Musik-plans** in den Ausschüssen für Hochschule, Forschung und Kultur sowie Bildung, Jugend und Sport im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung **im Herbst 2010 zu berichten**.

Körpergröße von Anwärtern für den Polizeivollzugsdienst

Im Herbst 2009 hat der Bayer. Landtag beschlossen, die Einstellungsbedingungen für den Polizeivollzugsdienst so zu ändern, dass für die Einstellung von Bewerberinnen und Bewerbern, die die **Mindestgröße von 1,65 m** nicht erreichen, **Ausnahmen in Einzelfällen möglich sind**.

Um uns ein Bild davon machen zu können, wie die Ausnahmemöglichkeit in der Praxis gehandhabt wird, haben wir die **Staatsregierung** in einem Antrag **aufgefordert**, dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Si-

cherheit über die Erfahrungen **zu be-richten**.

Wirtschaftlichkeitsprüfung für einen möglichen zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Plattling-Landshut

Die **häufigen Verspätungen im Winter 2009/2010** auf der Strecke Passau-Plattling-Landshut-München sind auch auf die durch den Fahrplanwechsel erhöhte Auslastung der Strecke zurückzuführen.

Erreichen Züge aus Richtung Passau oder München verspätet den bisher nur eingleisig ausgebauten Bereich zwischen Landshut und Plattling, kommt es zu ungeplantem Begegnungsverkehr und weiteren Verspätungen. Diese **Situation ist unbefriedigend**.

Deshalb haben wir die **Staatsregierung aufgefordert**, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass im Rahmen der Aufstellung des nächsten Bundesverkehrswegeplans auch der mögliche **zweigleisige Ausbau der Bahnstrecke Plattling-Landshut einer Nutzen-Kosten-Untersuchung unterzogen wird**.

Ferienarbeitsplätze bei monatlichen Statistiken nicht berücksichtigen

In einem Antrag haben wir die **Staatsregierung aufgefordert**, sich dafür einzusetzen, dass **Ferienarbeitsplätze**

(Beschäftigungsverhältnisse von max. drei Monaten pro Jahr) bei der Festlegung der Mitarbeiterzahl, ab der monatliche Statistiken zu führen sind, **nicht berücksichtigt** werden.

Die Verpflichtung von Unternehmen zur Abgabe von Monatsberichten und zu einer monatlichen Produkterhebung ist an die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geknüpft.

Bei **mehr als 50 Beschäftigten** sind Betriebe **zu monatlichen Statistiken verpflichtet**. Da dies mit einem erheblichen Aufwand verbunden ist, ziehen Betriebe, deren Mitarbeiterzahl sich an der Grenze zu dieser Schwelle bewegt, häufig die Konsequenz, **keine Ferienarbeiter** mehr zu beschäftigen.

Für uns ist es jedoch **wichtig**, Schülern und Studenten die **Möglichkeit zu eröffnen**, in ihren Ferienzeiten in Betriebe hineinzuschnuppern und sich dabei etwas zu verdienen.

Einführung einer Brennelementesteuer unterstützen

In einem **Dringlichkeitsantrag** haben wir die **Staatsregierung aufgefordert**, die durch die Bundesregierung geplante **Einführung einer Brennelementesteuer zu unterstützen**, die einen wichtigen Beitrag der Energieversorger zur Konsolidierung des Bundeshaushalts leisten kann.

Gentechnisch veränderter Mais in Bayern

In einem **Dringlichkeitsantrag** hat die CSU-Fraktion die **Staatsregierung aufgefordert**, in den Ausschüssen für Umwelt und Gesundheit sowie Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die kürzlich bekannt gewordenen **Verunreinigungen von gentechnisch veränderten Maissaatgut** in Bayern **zeitnah zu berichten**.